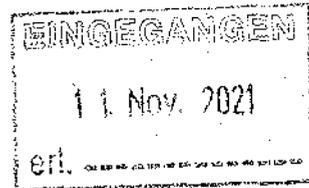


SsRs 47/2021 (69/21 OWi)
22 OWi 533/21
AG St. Ingbert
63 Js 270/21
StA Saarbrücken



SAARLÄNDISCHES OBERLANDESGERICHT

BESCHLUSS

In der Bußgeldsache

g e g e n [REDACTED], geboren am [REDACTED] in [REDACTED]
wohnhaf[t] [REDACTED]

w e g e n Verkehrsordnungswidrigkeit

Verteidiger: ~~/~~ Rechtsanwalt Alexander Gratz, Bous, Az. 6349 / SF. 43 SLS

hat der Bußgeldsenat des Saarländischen Oberlandesgerichts in Saarbrücken
am 9. November 2021

gemäß § 80 a Abs. 1 OWiG

durch den Richter am Oberlandesgericht Ohlmann als Einzelrichter

mit Zustimmung der Generalstaatsanwaltschaft und nach Anhörung des Verteidigers

b e s c h l o s s e n:

1. Das Verfahren wird gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG e i n g e s t e l l t.
2. Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen der Betroffenen trägt die Landeskasse.

Gründe:

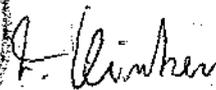
Die Kosten- und Auslagenentscheidung beruht auf § 467 Abs. 1 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG. Im Hinblick auf die fragliche Verwertbarkeit des Messergebnisses bestand kein Anlass, von der Auferlegung der notwendigen Auslagen der Betroffenen auf die Staatskasse abzusehen (§ 467 Abs. 4 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG).



Ohlmann



Ausgefertigt

 (F. Küntzer)
Justizsekretärals Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
- 17 - des Saarländischen Oberlandesgerichts

Vfg.

- 1. Vermerk: Der Senat teilt die Auffassung der GStA, dass der Zulassungsgrund der Versagung des rechtlichen Gehörs (§ 80 Abs. 1 Nr. 2 OWiG) vorliegend durchgreift und das Urteil des AG St. Ingbert vom 23.06.2021 demzufolge aufzuheben wäre. Im Falle einer Zurückverweisung erscheint eine erneute Verurteilung der Betroffenen allerdings fraglich; insbesondere dürfte die vom Amtsgericht angenommene Plausibilisierungsmöglichkeit (UA S. 4, Bl. 77 d.A.) den Anforderungen an eine Nachprüfung der Messung im Sinne des Urteils des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes vom 05.07.2019 (Az.: Lv 7/17) nicht genügen.

Vor diesem Hintergrund habe ich bzgl. einer Einstellung des Verfahrens gem. § 47 Abs. 2 OWiG mit OStA [REDACTED] telefonisch Rücksprache gehalten. Er stimmte einer Einstellung des Verfahrens zu.

- 2. Schreiben an Verteidiger RA Gratz (Bl. 107 d.A.) per Telefax:

Bußgeldverfahren betreffend [REDACTED]

hier: Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde gegen das Urteil des Amtsgerichts St. Ingbert vom 23.06.2021 (Az.: 22 OWi 533/21)

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Gratz,

in vorliegender Sache beabsichtigt der Senat, das Verfahren gem. § 47 Abs. 2 OWiG einzustellen. Die Generalstaatsanwaltschaft hat einer Verfahrenseinstellung bereits zugestimmt.

Zur beabsichtigten Verfahrensweise gebe ich Ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme binnen 10 Tagen nach Zugang dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

3. WV nach Eingang/sonst nach Fristablauf

Saarbrücken, den 08.11.2021

Saarländisches Oberlandesgericht – Bußgeldsenat –
Der Einzelrichter

09. Nov. 2021
zu 2 ab
(F. Kintzer)
Justizsekretär



Ohlmann
Richter am Oberlandesgericht